

Höhere Mehrwertsteuer für tierische Produkte?

Ein Kommentar von Prof. Uwe Latacz-Lohmann, Institut für Agrarökonomie der Uni Kiel

Keine Angst, sie wird nicht kommen: die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für tierische Produkte von 7 auf 19%. Alle Parteien haben sich dagegen ausgesprochen, und selbst den Grünen geht diese Forderung zu weit. Dennoch ist der Vorschlag des Umweltbundesamtes vom 5. Januar wie ein Blitz eingeschlagen. Konkret wird vorgeschlagen, zur Lenkung des Verbrauchs die Mehrwertsteuer auf tierische Produkte, also auch Milch, auf den Regelsteuersatz von 19 % anzuheben und die eingenommenen Mittel dafür zu verwenden, den ermäßigten Steuersatz nochmals zu senken – nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für öffentliche Verkehrsmittel. So könne man dem Klima helfen, denn bei der Erzeugung von tierischen Produkten (insbesondere von Wiederkäuern) fallen deutlich höhere Treibhausgasemissionen als bei pflanzlichen Produkten an.

Eine abwegige Idee?

So abwegig ist die Idee nicht, und vielleicht hat sich die Behördenchefin sogar vom Klimaschutzgutachten der Wissenschaftlichen Beiräte für Agrar- und Ernährungspolitik sowie für Waldpolitik beim BMEL inspirieren lassen. Denn die Wissenschaftler haben die Idee der Mehrwertsteueranpassung bereits im September 2016 in die Diskussion gebracht, die vom BMEL jedoch flugs vom Tisch gewischt wurde. Sie rechnen vor, dass die Mehrwertsteueranhebung für tierische Produkte von 7% auf 19% für den Verbraucher eine Preiserhöhung um ca. 11,2 % bedeuten würde. Bei durchschnittlichen Ausgaben privater Haushalte für den Konsum tierischer Produkte in Höhe von rund 100 Euro pro Monat ergäben sich bei unveränderter Konsumstruktur Mehrkosten von 11 Euro pro Monat und Haushalt. Aber der eigentliche Zweck ist es ja, den Konsum tierischer Produkte zu verringern. Ob das gelingt, hängt davon ab, wie sensibel die Verbraucher auf die Preiserhöhung reagieren. Hier gehen die Gutachter von einem Rückgang der nachgefragten Menge um 2 bis 10% aus. Neben der direkten Lenkungswirkung kann von dieser Maßnahme, so das Gutachten, eine deutliche kommunikative Wirkung ausgehen.

Die Ärmsten trifft es am härtesten

Eine Aufhebung der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für tierische Produkte würde sich insbesondere auf einkommensschwache Bevölkerungsgruppen auswirken, da diese einen größeren Teil ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden müssen. Das geben auch die Gutachter zu bedenken und empfehlen daher, den Übergang zu einem höheren Steuersatz mit sozialen Maßnahmen zu flankieren. Aber ein Paket aus Mehrwertsteuerschraube und Erhöhung der Hartz-IV-Sätze hört sich für einen Politiker, egal welcher Couleur, alles andere als attraktiv an. Und deshalb hat eine Mehrwertsteueranhebung auf dem politischen Parkett wohl auch keine Chance.

Mehrwertsteueranhebung das kleinere Übel?

Stattdessen fordern die Grünen, mit umweltpolitischen Maßnahmen auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe anzusetzen. Zitat Anton Hofreither gegenüber dem Tagesspiegel: „Wir wollen ran an die Produktionsverhältnisse statt an der Steuerschraube zu drehen, sonst bekommt die Debatte eine soziale Schiefelage.“ Mit seiner Zielsetzung liege das Amt aber völlig richtig. „Wir müssen runter mit der Fleischproduktion. Dafür wollen wir mit der Agrarwende die Landwirtschaft umbauen.“ Die „Fleischfabrik Deutschland“ produziere Unmengen von Gülle, die das Trinkwasser vergifteten. Dabei litten Millionen Tiere in Mega-Ställen unter „erbärmlichen Bedingungen“.

Eine klare Kampfansage an die Adresse des Berufsstandes in bisher kaum gekannter Rhetorik. Dem Klima wäre jedoch mit der Agrarwende keinesfalls geholfen. Wenn die Politik die Treibhausgasemissionen der Wiederkäuer spürbar verringern will, werden die technologischen

Möglichkeiten vermutlich recht schnell erschöpft sein, so dass über einen Abbau der Tierbestände nachgedacht werden müsste. Aber selbst das würde für den Klimaschutz kaum etwas bringen: Solange der Konsum tierischer Produkte sich nicht ändert, würde ein vom Gesetzgeber veranlasster Abbau der nationalen Tierbestände (sei es durch höhere gesetzliche Auflagen oder Produktionssteuern) zu einer Verlagerung der Produktion ins Ausland führen. Dann würden wir billiges Importfleisch auf unseren Tellern finden, was weder dem Klima noch dem Tierwohl nützt. Also doch besser die Mehrwertsteuer erhöhen? Die trifft nämlich auch Importfleisch. Bleibt zu hoffen, dass sich in allen politischen Lagern die Einsicht durchsetzt, dass das einfache „Hochziehen“ der gesetzlichen Standards für die Landwirtschaft nicht zielführend ist, sondern dass intelligentere Politikkonzepte gefordert sind.